

Die von der Projektgruppe Bildung und Region durchgeführte Auswertung wurde dem Stadtrat zur Kenntnis gegeben.

Stv. Grütz teilt mit, dass zukünftig die Themen „Schulen und Schulgebäude“ getrennt voneinander diskutiert werden müssen. Hier sei es nun erforderlich, durch Umzüge in den vorhandenen Gebäuden oder ein neues Raumkonzept Einsparpotenziale zu finden. Es müsse auch jedem klar sein, dass Bergneustadt den Bestand mit 7 Schulen auf Dauer nicht halten könne, so dass auch die Schulen, insbesondere die Schulen auf dem Bursten, aufeinander zugehen müssen.

Die Verwaltung erklärt hierzu, dass sie sich bereits jetzt in einem Findungsprozess befinde und Pläne über die räumlichen Möglichkeiten zur Verfügung stellen werde. Sicher sei aber auch, dass sich die Schulen Gedanken über ein zukünftiges Zusammengehen, Zusammenleben und zusammenwirken machen müssen. Gespräche mit den Schulleiterinnen der Schulen auf dem Bursten seien bereits erfolgt.

Stv. Lenz erklärt, dass seiner Meinung nach, die Schullandschaft in Bergneustadt nicht vor einem Scherbenhaufen stehe. Es sei richtig, dass man hier einen Schritt zurück machen müsse, da die Bürger nicht wollten, was Rat und Verwaltung erarbeitet haben. Dies habe man zu akzeptieren. Vielmehr müsse beobachtet werden, wie sich die Schullandschaft weiterhin entwickelt, um zu einem späteren Zeitpunkt agieren zu können.

Der Stv. Pütz weist darauf hin, dass die fehlende Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger der Stadt ein gutes Beispiel für eine gelebte Demokratie sei. Von einem Scherbenhaufen der Schullandschaft könne nicht die Rede sein, da die Schulen in Bergneustadt sehr gut aufgestellt seien. Vielmehr müsse das Gespräch mit allen Schulleitern gesucht werden, wie es weitergehen solle.

Stv. Schmid erläutert, dass man den Eltern mit der möglichen Einführung einer Sekundarschule ein Angebot gemacht habe, welches diese abgelehnt haben. Als Ergebnis bleibe alles beim Alten. Erst wenn die sinkenden Schülerzahlen es zwingend erforderlich machen, etwas zu ändern, könne man über neue Möglichkeiten nachdenken.

Stv. Krieger erklärt, wenn es aufgrund der Aussage der Bezirksregierung erlaubt sei, Klassen mit 15 Schülern zu bilden, sollte man es tun. Was die Zukunft bezogen auf die Schülerzahlen bringe, müsse nun abgewartet werden. Ebenso wie die Haltung der Bezirksregierung hierzu.